

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0216/2019/IV

Datum:
02.12.2019

Federführung:
Dezernat V, Amt für Liegenschaften und Konversion

Beteiligung:

Betreff:

**Verlagerung des Ankunftsentrums für Flüchtlinge
von Patrick-Henry-Village (PHV)
- Arbeitsauftrag des Gemeinderates**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 20. Dezember 2019

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Konversionsausschuss	11.12.2019	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	17.12.2019	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Konversionsausschuss und der Gemeinderat nehmen die Information zum Arbeitsauftrag des Gemeinderates vom 14.02.19 zum Ankunftszentrum zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
Noch nicht darstellbar.	
Einnahmen:	
Noch nicht darstellbar.	
Finanzierung:	
Noch nicht darstellbar.	
Folgekosten:	

Zusammenfassung der Begründung:

Mit der Vorlage eines Musterraumprogramms sowie zweier Testentwürfe für ein Ankunftszentrum kommt das Land der Bitte des Gemeinderates nach. Das Land kommt zum Ergebnis, dass die Errichtung des Ankunftsentrums am Standort „Wolfsgärten“ möglich ist und ist bereit auf dieser Basis die bauliche Umsetzung in Verbindung mit weiteren ergänzenden dezentralen Angeboten zu realisieren. Aus den Abstimmungen mit dem Land hat sich zudem ein Alternativstandort ergeben, den das Land für geeignet hält und mittragen würde.

Sitzung des Konversionsausschusses vom 11.12.2019

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Konversionsausschusses vom 11.12.2019:

12 Verlagerung des Ankunftsentrums für Flüchtlinge von Patrick-Henry-Village (PHV) - Arbeitsauftrag des Gemeinderates Informationsvorlage 0216/2019/IV

Als Tischvorlagen wird ein **Antrag** der SPD-Fraktion (Anlage 4 zur Drucksache)

1. Die Stadt Heidelberg lehnt die Gemarkung Wolfsgärten als Standort für ein Ankunfts-zentrum ab.
2. Die SPD-Fraktion beantragt folgenden Abstimmungspassus für den Konversionsaus-schuss: „Der Gemeinderat möge beschließen, dass es bei einer Dimensionierung des Ankunftsentrums von maximal 2.000 Plätzen bleibt.“
3. Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit dem Land die Planungen auf dem Areal „Gewann Gäulschlag“ als potentiellen Standort für ein Ankunfts-zentrum aufzuneh-men.

sowie ein **Antrag** der Fraktion DIE LINKE (siehe Anlage 5 zur Drucksache) verteilt, der zurückgezogen wird und laut Stadträtin Mirow an anderer geeigneter Stelle erneut einge-bracht werde:

Bei einer Verlegung des Ankunfts-zentrums sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Der Verzicht auf das „LEA“-Privileg im Vertrag mit dem Land Baden-Württemberg
2. Die Machbarkeit einer Gesundheitskarte ab dem ersten Tag zu prüfen

Zu Beginn der Sitzung wird folgender **Antrag** der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion ver-teilt (siehe Anlage 6 zur Drucksache):

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verhandlungen für das Ankunfts-zentrum auf dem Areal „Gewann Gäulschlag“ unter den folgenden Bedingungen fortzuführen:

- ein Ausgleich für die aktuell auf dem Areal landwirtschaftlich genutzten Flächen im Ver-hältnis 1:1 geschaffen wird.
- geprüft wird, welche Flächen als Ausgleichspotentiale und/oder Ersatzflächen für die Landwirt*innen geeignet sind eventuell auch interkommunal.
- der Flächenbedarf für das Ankunfts-zentrum auf 10 ha beschränkt wird.
- eine nachhaltige und moderne Architektur umgesetzt wird und die Planung in den Be-trachtungsraum des IBA-Projekts PHVision übernommen wird.
- die unterstützenden Einrichtungen (soziale Unterstützung, medizinische Versorgung, Polizei et cetera) auf dem neuen Areal zusammenhängend erhalten bleiben.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner informiert, dass das Land keine - wie vom Gemeinderat gefordert - Alternativstandorte für ein Ankunftszenrum außerhalb der Gemarkung Heidelbergs genannt habe. Das bedauere er sehr, da dies von vielen erwartet worden sei. Denkbar sei für das Land auch landwirtschaftlich genutzte Flächen auf Heidelberger Gemarkung – damit sei neben dem Standort „Wolfsgärten“ auch das „Gewann Gäulschlag“ als Option genannt worden. Ferner sei vom Land der Wunsch geäußert worden, die Unterbringungskapazität auf bis zu 3.500 Plätzen zu erhöhen. Dies entspreche nicht der Beschlusslage und dafür reiche auch der Standort „Wolfsgärten“ nicht aus. Ausreichend sei an diesem Standort eine Unterbringungskapazität von 1.500 bis zu 2.000 Plätzen, also 8 ha und entspreche somit auch dem derzeit geltenden Gemeinderatsbeschluss.

Das „Gewann Gäulschlag“ sei mit fast 18 ha viel größer und somit denkbar für eine Unterbringungskapazität von 3.500 Plätzen. Bei einer Entscheidung gegen die Fläche „Wolfsgärten“ stünde somit nur das „Gewann Gäulschlag“ als einzige Fläche zur Verfügung.

Seine Position als Oberbürgermeister sei, 1.500 Plätze habe man angeboten, mit einem Puffer von 500 Plätzen. Damit habe man in Heidelberg einen Beitrag geleistet, der weit über das hinausgeht, was in anderen Städten geleistet werde. Sollte der Gemeinderat dem weiteren Wunsch (Erhöhung auf 3.500 Plätze) des Landes nachkommen, sei die Fläche „Wolfsgärten“ zu klein und das „Gewann Gäulschlag“ wesentlich umfangreicher in der Nutzung. Die beantragte Flächenbegrenzung der Grünen-Fraktion auf 10 ha sei seiner Meinung das falsche Signal an das Land.

Je nachdem welchen Arbeitsauftrag der Gemeinderat an die Verwaltung gibt, kann eine konkretisierte Vorlage mit einer synoptischen Gegenüberstellung „Wolfsgärten – Gewann Gäulschlag“ in die Gremien gegeben werden. Wichtig sei – damit PHV in die Entwicklung gehen könne - zeitnah (im Frühjahr) eine abschließende Entscheidung zu treffen. Die Bezirksbeiräte wie auch die Fachausschüsse werden natürlich eingebunden.

Sollte das Ankunftszenrum auf der Fläche PHV verbleiben, seien die IBA-Planungen für PHV hinfällig und müssen eingestellt werden. Bei einer Verlagerung müsse mit einer Umsetzungsdauer von 3 – 5 Jahren gerechnet werden.

Erster Bürgermeister Odszuck ergänzt, selbst im „Gewann Gäulschlag“ wäre es denkbar, dem Land nur 8 ha zur Verfügung zu stellen (und somit eine Unterbringung von 1.500 bis zu 2.000 Menschen), um die Flächenreduzierung für die Landwirtschaft so gering wie möglich zu halten.

Im Meinungsaustausch wird einerseits verdeutlicht, dass man vermeiden wolle, landwirtschaftliche Flächen zu bebauen. Auch könne man sich einen Verbleib des Ankunftszenrums auf PHV vorstellen.

Andererseits sei das „Gewann Gäulschlag“ eine Alternative, die zwar nicht optimal aber diskutabel sei. Die Anbindung an einen Stadtteil werde jedoch als wesentlich erachtet, was beim „Gewann Gäulschlag“ der Fall sei.

Es wird daran erinnert, dass man sich auf eine dezentrale Unterbringung im Gemeinderat geeinigt und in jedem Stadtteil Quartiere hierfür gesucht habe. Eine Entscheidung für einen Standort werde deshalb als kritisch gesehen und der damalige Grundsatzbeschluss des Gemeinderates angemahnt. Wenn überhaupt zusätzliche Flächen geopfert werden müssen, dann sollten es so wenig wie möglich sein.

Die SPD-Fraktion modifiziert ihren Antrag im Punkt 2 dahingehend, dass nicht die Aufnahmekapazität, sondern eine Fläche von 8 ha begrenzt werden solle. Somit habe man genügend Puffer für die Unterbringung vorgehalten aber nicht zu viel Fläche der Landwirtschaft genommen. Darüber hinaus wird von der SPD-Fraktion vorgeschlagen, heute ohne Abstimmung der Anträge in den Gemeinderat zu gehen. Bis dahin liegen eventuell weitere Informationen vor. Im Gemeinderat müsse jedoch eine Entscheidung getroffen werden, um auch der Verwaltung einen Auftrag für die weiteren Verhandlungen mit dem Land geben zu können – auf Basis des letzten Gemeinderatsbeschlusses (8 ha).

Die Grünen-Fraktion legt hinsichtlich ihres Antrages dar, dass man weiterhin am „Wolfs- gärten“ als Plan-B festhalten möchte, für den Fall, dass eine Umsetzung auf dem „Gewann Gäulschlag“ nicht möglich sein sollte und somit der Verbleib auf PHV die einzige Möglichkeit wäre.

Die Mitglieder des Konversionsausschusses sind damit einverstanden, dass die Anträge ohne Abstimmung an den Gemeinderat gehen.

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: ohne Beschlussempfehlung behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 17.12.2019

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 17.12.2019

19 **Verlagerung des Ankunftsentrums für Flüchtlinge von Patrick-Henry-Village (PHV) - Arbeitsauftrag des Gemeinderates** Informationsvorlage 0216/2019/IV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner stellt die Frage nach der Befangenenheit, die nicht angezeigt wird.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner führt aus, dass das Land keine Alternative für ein Ankunftszentrum außerhalb Heidelberg gefunden habe und mit einer Größenordnung von 3500 Menschen aktuell eine doppelt so hohe Belegung einplane wie sie von der Stadt zugesagt worden sei. Heidelberg gehe von einer benötigten Fläche von 7,5 Hektar aus. Die als Gewerbegebiet ausgewiesenen Wolfsgärten würden dafür genügen, daher habe die Verwaltung sie dem Land vorgeschlagen. Im Vergleich zu dem neu ins Spiel gebrachten Gewinn Gäulschlag gebe es auf den Wolfsgärten lediglich einen landwirtschaftlichen Nutzer, wohingegen es im Gewinn Gäulschlag einige Landwirte gebe, deren Flächen gegebenenfalls für ein Ankunftszentrum aufgegeben werden müssten.

Ein Ankunftszentrum auf PHV stelle keine Alternative dar. Er gibt zu bedenken, dass der Bund - auf eine entsprechende Bitte des Landes hin - sicherlich die derzeit genutzte Fläche auf PHV dem Land zur Verfügung stellen würde. Und damit wären die Planungen der Stadt und der IBA für PHV nicht mehr umsetzbar.

Die Verwaltung schlage eine möglichst zeitnahe Beratung in den Bezirksbeiräten Kirchheim und Wieblingen, dem Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss sowie im Haupt- und Finanzausschuss vor. Heute gebe es nicht genügend Informationen, die für eine grundsätzliche Beschlussfassung genügen.

In der folgenden ausführlichen Diskussion positionieren sich die Stadträtinnen und Stadträte zu den angesprochenen Standorten wie folgt:

Stadträtin Mirow hält die Wolfsgärten für menschenunwürdig, ein Verbleiben des Ankunftsentrums auf PHV für möglich und unter bestimmten Voraussetzungen (Flächenbegrenzung, Einführung Gesundheitskarte, abschließbare Zimmer) den Gäulschlag ebenfalls für möglich.

Stadtrat Cofie-Nunoo ist der Meinung, dass das Ankunftszentrum nicht auf PHV bleiben könne. Er bittet ausdrücklich um mehr Informationen. Der Prozess müsse dringend geordnet werden, um eine Entscheidung treffen zu können.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner stellt klar, dass für ihn PHV keine Option sei. Ein eingezäuntes Gelände mitten auf PHV in dieser Größenordnung sei nicht vereinbar mit den Planungen für dieses Gelände. Für die ebenfalls im Raum stehende Verlegung um 100 Meter in den Bereich der Middle School würde das Land sicher nicht mehrere 100 Millionen Euro investieren.

Das Gewinn Gäulschlag lehne er nicht grundsätzlich ab. Aber unter der Abwägung des landwirtschaftlichen Eingriffs seien die Wolfsgärten unbedingt dem Gewinn Gäulschlag vorzuziehen.

Stadträtin Prof. Dr. Schuster erläutert zu ihrem Antrag (siehe Anlage 04 zur Drucksache), dass die Beauftragung der Planungen für Gäulschlag keiner Zusage ihrer Partei für diesen Standort gleichkäme, sondern lediglich die Prüfung durch die Verwaltung festschreiben solle, so wie das auch bei den Wolfsgärten gemacht worden sei. Dabei müssten unbedingt Ausgleichsflächen gefunden werden. Ihr Antrag beinhalte auch eine Flächenbegrenzung auf acht Hektar. Das sei die Zahl, die vom Land stets kommuniziert worden sei. Die Musterraumplanung des Landes für ein Ankunftszenrum liege jetzt vor, daher werde die **SPD** ihren **Antrag** auf Ablehnung des Standortes Wolfsgärten heute zur Abstimmung stellen. Der Bereich um die Middle School auf PHV müsse nach wie vor reserviert bleiben für einen möglichen Umzug des Ankunftszenrums als ihr „Plan B“.

Stadtrat Dr. Gradel erinnert daran, dass nach geltender Beschlussfassung des Gemeinderates die Ankunftsstelle auf PHV als Ausnahme genehmigt worden sei und man sich in Heidelberg statt eines Ankunftszenrums auf die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen vorbereitet habe. Daher werde die CDU heute keinem anderen Beschluss zustimmen.

Stadtrat Geschinski erklärt für seine Partei, dass sie ein Ankunftszenrum in Heidelberg grundsätzlich ablehne.

Stadträtin Winter-Horn erklärt für ihre Partei, dass keiner der Standort-Vorschläge auf Heidelberger Gemarkung geeignet sei. Das Land sei gefordert, andere Unterbringungen außerhalb Heidelbergs zu prüfen. Unter den gegebenen Umständen allerdings würde man sich für die Wolfsgärten aussprechen, wohingegen Gäulschlag gar nicht in Frage käme.

Für Stadtrat Butt kommt die Versiegelung von Flächen generell nicht in Frage. Daher lehne er Wolfsgärten sowie Gäulschlag ab und präferiere PHV.

Stadträtin Dr. Nipp-Stolzenburg kann sich den Ausführungen von Stadträtin Prof. Dr. Schuster in weiten Teilen anschließen. Ihre Partei werde die Wolfsgärten im Moment allerdings nicht ablehnen. Sie selbst könne auch einem Standort PHV nicht zustimmen.

Stadtrat Leuzinger wartet auf Pläne, die die Verwaltung für ein Ankunftszenrum auf PHV hätte vorlegen sollen. Heidelberg wie auch das Land müssten weiter nach geeigneten Flächen suchen. Es sei nicht nachvollziehbar, dass im ganzen Land keine andere geeignete Fläche gefunden werden könne.

Für Stadträtin Dr. Schenk steht fest, dass die Unterbringung der Erstkommenden in Heidelberg wohl bleiben werde. Allerdings könne der größere Bedarf des Landes nicht auf dem Gelände der Wolfsgärten abgedeckt werden. Daher könne sie dem Standort Wolfsgärten nicht zustimmen. Sie persönlich könne sich eine Integration auf PHV vorstellen. Eine Abwägung der beiden Flächen Wolfsgärten und Gäulschlag sei notwendig. Bei den Wolfsgärten gebe es als zusätzliche Belastung eine nahe Bahntrasse. Das Gewinn Gäulschlag habe aus ihrer Sicht schon eine Chance, allerdings mit Flächenbegrenzung.

Stadträtin Marggraf meldet sich zur **Geschäftsordnung** und beantragt **Ende der Rednerliste**.

Der **Antrag** findet genügend Unterstützung im Gremium und das **Ende der Rednerliste** wird anschließend mit **30 Ja-Stimmen beschlossen**.

Stadtrat Lachenauer teilt für seine Partei mit, man wolle die Wolfsgärten und nicht den Gäulschlag. Außerdem möchte man weg von PHV.

Erster Bürgermeister Odszuck erklärt auf Nachfrage von Stadtrat Michelsburg, dass das Ankunftszenrum derzeit mehr als 30 Hektar im Herzen von PHV belege. In den nächsten fünf Jahren seien – wenn eine Verlegung auf den Bereich der Middle School beschlossen werden sollte – quasi der gesamte Südwesten von PHV für eine Entwicklung blockiert.

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz spricht sich für den Verbleib auf PHV aus, da eine Flächenversiegelung für ihn nicht in Frage komme. Die Entwicklung von PHV könne später erfolgen.

Stadtrat Föhr möchte die Wolfsgärten heute nicht ausschließen, und wünscht sich ein ehrliches Betrachten von PHV.

Stadträtin Kaufmann **zieht** den **Antrag** der **Bündnis 90/Die Grünen** (Anlage 06 zur Drucksache) **zurück**, da durch die Irritationen nach der Presseberichterstattung keine Grundsatzabstimmung heute schon stattfinden solle. Sie erwarte eine Synopse, die beide vorgeschlagenen Flächen gegenüberstelle.

Stadträtin Prof. Dr. Schuster **modifiziert** den **SPD-Antrag**:

1. Die Stadt Heidelberg lehnt die Gemarkung Wolfsgärten als Standort für ein Ankunftszenrum ab.
2. Die Fläche für ein Ankunftszenrum in Heidelberg wird auf maximal acht Hektar festgeschrieben.
3. Die Südwestfläche von PHV um die Middle School soll als möglicher neuer Standort für ein Ankunftszenrum geprüft werden.

Der **Antrag** der **Linken** (Anlage 05 zur Drucksache) wird **zurückgezogen**.

Stadtrat Dr. Gradel meldet sich zur **Geschäftsordnung** und **beantragt Sitzungsunterbrechung**.

> Es folgt eine Sitzungsunterbrechung von 18.16 Uhr bis 18.30 Uhr <

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner, dass die drei Punkte des SPD-Antrages getrennt zur Abstimmung gestellt werden.

Stadtrat Cofie-Nunoo teilt das Abstimmungsverhalten seiner Partei mit. Punkt 1 werde man nicht zustimmen; bei Punkt 2 werde man sich enthalten und bei Punkt 3 ebenfalls nicht zustimmen. Das sei allerdings nicht als Festlegung auf einen Standort zu verstehen.

Stadtrat Butt meldet sich zur **Geschäftsordnung** und **beantragt namentliche Abstimmung**.

Dieser Antrag muss von mindestens 10 Mitgliedern des Gemeinderates unterstützt werden. 14 Gemeinderatsmitglieder stimmen dafür. Es besteht Einigkeit im Gremium, dass die SPD-Anträge namentlich abgestimmt werden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner stellt den **Punkt 1 des SPD-Antrages** (Die Stadt Heidelberg lehnt die Gemarkung Wolfsgärten als Standort für ein Ankunftszenrum ab.) zur Abstimmung:

	Ja	Nein	Enthaltung
Amler, Rahel Liz		X	
Bartesch, Timethy	X		
Beisel, Raimund		X	
Breer, Karl		X	
Butt, Waseem	X		
Cofie-Nunoo, Derek		X	
Eckert, Michael		X	
Essig, Kristina		X	
Föhr, Alexander		X	
Gernand, Anja		X	
Geschinski, Sven	X		
Geugjes, Marilena		X	
Gradel, Jan, Dr.		X	
Grädler, Felix		X	
Heldner, Marliese		X	
Illgner, Johannah	X		
Karaaslan, Sahin		X	
Kaufmann, Dorothea, Dr.		X	
Kiziltas, Zara Dilan	X		
Kutsch, Matthias	X		
Lachenauer, Wolfgang		X	
Leuzinger, Björn	X		
Lutzmann, Nicolás, Dr.		X	
Marggraf, Judith		X	
Marmé, Nicole, Prof. apl. Dr.		X	
Meißner, Monika, Dr.	X		
Michalski, Mathias	X		
Michelsburg, Sören	X		
Mirow, Sahra	X		
Nipp-Stolzenburg, Luitgard, Dr.		X	
Pfeiffer, Michael	X		

Pfisterer, Werner		X	
Rabus, Kathrin		X	
Rehberger, Adrian	X		
Röper, Ursula, Dr.		X	
Rothfuß, Christoph		X	
Sanwald, Julian		X	
Schenk, Simone, Dr.	X		
Schuster, Anke, Prof. Dr.	X		
Schwitzer, Anita		X	
Steinbrenner, Manuel		X	
Stolz, Hildegard	X		
Weiler-Lorentz, Arnulf Kurt, Dr.	X		
Wetzel, Frank		X	
Wickenhäuser, Otto		X	
Winter-Horn, Larissa		X	
Zieger, Bernd	X		
Würzner, Eckart, Prof. Dr.		X	

Abstimmungsergebnis: mit 18 : 30 Stimmen abgelehnt

Punkt 2 des SPD-Antrags (Die Fläche für ein Ankunftscenter in Heidelberg wird auf maximal acht Hektar festgeschrieben.):

	Ja	Nein	Enthaltung
Amler, Rahel Liz			X
Bartesch, Timethy		X	
Beisel, Raimund	X		
Breer, Karl	X		
Butt, Waseem	X		
Cofie-Nunoo, Derek			X
Eckert, Michael			X
Essig, Kristina	X		
Föhr, Alexander	X		
Gernand, Anja			X
Geschinski, Sven			X

Geugjes, Marilena		X	
Gradel, Jan, Dr.	X		
Grädler, Felix			X
Heldner, Marliese	X		
Illgner, Johannah	X		
Karaaslan, Sahin			X
Kaufmann, Dorothea, Dr.			X
Kiziltas, Zara Dilan		X	
Kutsch, Matthias	X		
Lachenauer, Wolfgang	X		
Leuzinger, Björn		X	
Lutzmann, Nicolás, Dr.			X
Marggraf, Judith	X		
Marmé, Nicole, Prof. apl. Dr.	X		
Meißner, Monika, Dr.	X		
Michalski, Mathias	X		
Michelsburg, Sören	X		
Mirow, Sahra		X	
Nipp-Stolzenburg, Luitgard, Dr.			X
Pfeiffer, Michael	X		
Pfisterer, Werner	X		
Rabus, Kathrin			X
Rehberger, Adrian	X		
Röper, Ursula, Dr.			X
Rothfuß, Christoph			X
Sanwald, Julian			X
Schenk, Simone, Dr.	X		
Schuster, Anke, Prof. Dr.	X		
Schwitzer, Anita			X
Steinbrenner, Manuel			X
Stolz, Hildegard		X	
Weiler-Lorentz, Arnulf Kurt, Dr.		X	
Wetzel, Frank			X
Wickenhäuser, Otto	X		

Winter-Horn, Larissa	X		
Zieger, Bernd		X	
Würzner, Eckart, Prof. Dr.	X		

Abstimmungsergebnis: mit 23 : 8 : 17 Stimmen angenommen

Punkt 3 des SPD-Antrags (Die Südwestfläche von PHV um die Middle School soll als möglicher neuer Standort für ein Ankunftszenrum geprüft werden.):

	Ja	Nein	Enthaltung
Amler, Rahel Liz		X	
Bartesch, Timethy		X	
Beisel, Raimund		X	
Breer, Karl		X	
Butt, Waseem	X		
Cofie-Nunoo, Derek		X	
Eckert, Michael		X	
Essig, Kristina		X	
Föhr, Alexander		X	
Gernand, Anja		X	
Geschinski, Sven		X	
Geugjes, Marilena		X	
Gradel, Jan, Dr.		X	
Grädler, Felix			X
Heldner, Marliese			X
Illgner, Johannah	X		
Karaaslan, Sahin		X	
Kaufmann, Dorothea, Dr.		X	
Kiziltas, Zara Dilan	X		
Kutsch, Matthias		X	
Lachenauer, Wolfgang		X	
Leuzinger, Björn	X		
Lutzmann, Nicolás, Dr.		X	
Marggraf, Judith		X	

Marmé, Nicole, Prof. apl. Dr.		X	
Meißner, Monika, Dr.	X		
Michalski, Mathias	X		
Michelsburg, Sören	X		
Mirow, Sahra	X		
Nipp-Stolzenburg, Luitgard, Dr.		X	
Pfeiffer, Michael	X		
Pfisterer, Werner		X	
Rabus, Kathrin		X	
Rehberger, Adrian	X		
Röper, Ursula, Dr.		X	
Rothfuß, Christoph			X
Sanwald, Julian			X
Schenk, Simone, Dr.	X		
Schuster, Anke, Prof. Dr.	X		
Schwitzer, Anita		X	
Steinbrenner, Manuel		X	
Stolz, Hildegard	X		
Weiler-Lorentz, Arnulf Kurt, Dr.		X	
Wetzel, Frank			X
Wickenhäuser, Otto		X	
Winter-Horn, Larissa		X	
Zieger, Bernd	X		
Würzner, Eckart, Prof. Dr.		X	

Abstimmungsergebnis: mit 14 : 29 : 5 Stimmen abgelehnt

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz gibt als Erklärung für sein Abstimmungsverhalten an, er habe sich über den Gegenstand der dritten Abstimmung geirrt und habe daher versehentlich mit „nein“ gestimmt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner stellt fest, dass damit die Wolfsgärten weiterhin als möglicher Standort in der Diskussion blieben und es keine Standortprüfung für den Bereich um die Middle School auf PHV geben werde.

Er erklärt, dass die Bezirksbeiräte Kirchheim und Wieblingen am 06.02.2020 beziehungsweise am 11.02.2020, der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss am 04.03.2020, der Haupt- und Finanzausschuss am 12.03.2020 sowie der Gemeinderat am 26.03.2020 sich wieder mit dem Thema befassen werden.

Beschluss des Gemeinderates:

Der Gemeinderat nimmt die Information zum Arbeitsauftrag des Gemeinderates vom 14.02.2019 zum Ankunftszentrum zur Kenntnis und beschließt, dass die Fläche für ein Ankunftszentrum in Heidelberg auf maximal acht Hektar festgeschrieben wird.

Für die Standorte Wolfsgärten und Gewann Gäulschlag ist eine synoptische Gegenüberstellung zur Entscheidung im Gemeinderat zu erstellen.

gezeichnet

Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Beschluss

Begründung:

1. Ausgangslage

Mit Beschluss vom 14.02.2019 (siehe Drucksache 0391/2018/BV) hat der Gemeinderat das Land gebeten, allgemeine Richtlinien (beispielsweise bezüglich Flächenanforderungen und Sicherheit) für eine Erstaufnahmeeinrichtung vorzulegen sowie auf der Grundlage der Richtlinien einen Testentwurf zum Neubau eines Ankunftsentrums zu erarbeiten. Zusätzlich hat der Gemeinderat das Land aufgefordert, einen Alternativstandort in Heidelberg und Umgebung zu finden.

2. Arbeitsergebnisse des Landes

Inzwischen hat das Land Baden-Württemberg ein Musterraumprogramm, Richtlinien für die bauliche Sicherung von Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge sowie zwei Fassungen eines Testentwurfs für ein Ankunftszentrum, eine für den Standort auf dem Gewann „Wolfsgärten“ und eine idealtypische, standortunabhängige Planung, vorgelegt.

Die idealtypische, standortunabhängige Planung (Testentwurf „Idealtyp“, Anlage 01) entspricht nach dem Musterraumprogramm (Anlage 03) und den Vorgaben der Richtlinien für Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge (Verschlussache, kann nicht weitergegeben werden) einer Unterbringungskapazität von 3.500 Plätzen. Nach den Ausführungen des Landesministeriums ist diese Kapazität für eine Unterbringung von 2.000 Personen erforderlich, da die Erstaufnahmeeinrichtungen regelmäßig nicht voll belegt werden, um unter anderem Konflikte und Spannungen in der Einrichtung, aber auch Unvereinbarkeiten wie zum Beispiel die Unterbringung fremder Familien in gemeinsamen Räumen zu vermeiden. Die hierfür erforderliche Grundstücksgröße müsste mindestens 10 Hektar betragen.

Die Planungen des Landes gehen dabei über die bisher vom Gemeinderat fixierten Belegungshöchstzahlen hinaus. Dieser hatte bisher aus fachlichen Gründen einer Belegung mit nicht mehr als 1.000 Menschen, in begründeten Notfällen mit maximal 2.000 Menschen zugestimmt.

Aus dem zweiten Testentwurf für den Standort „Wolfsgärten“ (Anlage 02) lässt sich ablesen, dass auf dem 7,5 Hektar großen Gelände die Errichtung eines Ankunftsentrums mit einer Registrierkapazität von bis zu 400 Personen am Tag und – bei viergeschossiger, verdichteter Bauweise – einer Kapazität von bis zu 2.000 Plätzen möglich ist. Im Falle der Verlagerung des Ankunftsentrums auf das Gewann „Wolfsgärten“ hat das Land zudem vorgesehen, die benötigten weiteren 1.500 Unterbringungsplätze an anderer Stelle in der Nähe zu schaffen.

Im Ergebnis hält das Land den Standort „Wolfsgärten“ für geeignet und ist bereit, auf Basis des Testentwurfs eine bauliche Umsetzung in Verbindung mit ergänzenden dezentralen Angeboten zu realisieren.

Mit Vorlage der Unterlagen hat das Land gleichzeitig seine Bereitschaft signalisiert, auf Basis der idealtypischen, standortunabhängigen Planung weitere Standortalternativen konstruktiv zu prüfen. **In diesem Zusammenhang hat sich das südlich der Bundesstraße 535 gelegene Areal „Gewann Gäulschlag“ als Option ergeben.** Das Land hat in den Gesprächen signalisiert, dass auf diesem Areal ein möglicher Standort für ein Ankunftszentrum realisierbar wäre und würde diese Option trotz der Flächeninanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen mittragen. Die überschaubare Eigentumsituation (insbesondere Evangelische Stiftung Pflege Schönau/ Stadt Heidelberg) könnte sich ebenfalls als günstig erweisen.

Mit dieser Option wäre auch die vom Gemeinderat in der letzten Sitzung offen gehaltene Möglichkeit einer Verlagerung des Ankunftsentrums in den Süden der Konversionsfläche Patrick-Henry-Village (PHV) nicht mehr erforderlich, so dass eine Freigabe der Fläche durch das Land und somit die Aktivierung des Gebietes wie geplant erfolgen könnte.

In weiteren Gesprächen beziehungsweise im Rahmen der konkreteren Beschäftigung mit dem Standort wäre entscheidend darauf hinzuwirken, dass sich die Flächeninanspruchnahme auf das absolut notwendige Maß beschränken und sich die Unterbringungskapazität an den bisherigen, vom Gemeinderat definierten Obergrenzen orientieren muss.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	
WO 1	+	Wohnraum für alle, 8-10.000 Wohnungen mehr
WO 2	+	Preiswerten Wohnraum sichern und schaffen, Konzentration auf den preisgünstigen Mietwohnungsmarkt Begründung: Das Patrick-Henry-Village ist eine Konversionsfläche, die für die Entwicklung des Heidelberger Südwestens und der Gesamtstadt die dringend benötigten Wohn- und Entwicklungsflächen bietet. Das Areal soll deshalb in seiner Gesamtheit möglichst schnell einer zukunftsweisenden Nachnutzung zugeführt werden. Eine Verlagerung des Ankunftsentrums des Landes ist deshalb erforderlich.
SOZ 1	+	Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern
AB 3	+	Standortvorteile als Wissenschaftsstadt ausbauen
AB 7	+	Innovative Unternehmen ansiedeln

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet
Hans-Jürgen Heiß

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Plan Testentwurf und Modell (Idealtyp)
02	Plan Testentwurf und Modell (Wolfsgärten)
03	Musterraumprogramm Ankunftszentrum (VERTRAULICH – Nur zur Beratung in den Gremien!)
04	Sachantrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2019 Tischvorlage in der Sitzung des Konversions- ausschusses am 11.12.2019
05	Sachantrag der Fraktion Die LINKE vom 10.12.2019 Tischvorlage in der Sitzung des Konversions- ausschusses am 11.12.2019
06	Sachantrag der Fraktion B'90/ Die Grünen vom 11.12.2019 Tischvorlage in der Sitzung des Konversions- ausschusses am 11.12.2019